

Postulat Fraktion SP (Gisela Vollmer/Benno Frauchiger, SP): Einseitige Stadtentwicklung: Immer grösserer Arbeitsplatzüberhang anstatt Wohnungen

Nutzungsveränderungen im STEK

Im Jahr 1995 wurden in der Stadt Bern 133'343 EinwohnerInnen und 148'666 Beschäftigte ausgewiesen. Während das STEK95 langfristig noch von einem Wachstum auf 154'430 EinwohnerInnen und 178'101 Arbeitsplätze ausging, geht das STEK15 nun von einem Zuwachs auf 155'000 EinwohnerInnen und 205'000 Arbeitsplätze bis 2030 aus. Während die Prognosen für die Bevölkerungszahl konstant geblieben sind, sollen in der Stadt Bern gegenüber STEK95 zusätzlich 27'000 Arbeitsplätze (AP) entstehen. Im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept 2. Generation (RGSK II) sind hierfür bereits die Flächen ausgewiesen.

Diese Planungsansätze führen zur Verdrängung und zu hohen Kosten für die Wohnbevölkerung

Die prognostizierten 205'000 AP haben an räumlich wichtigen Orten einen hohen Flächenkonsum¹ und wie aus den Steuereinnahmen der letzten Jahren erkennbar ist, nehmen die Steuereinnahmen² insgesamt damit eher ab, während die Pendlerströme mit diesem wachsenden Angebot an Arbeitsplätzen zunehmen werden.

Veränderungen von Einnahmen und Infrastrukturkosten

Dies bedeutet, dass auch die Infrastrukturkosten für die Wohnbevölkerung steigen. Wobei diese Infrastruktur auf Grund der Nutzungsentmischung zu hohen Spitzen und grossen Leerzeiten führt. Aufgrund des zunehmenden Arbeitsplatzüberhanges steigen somit einerseits die Infrastrukturkosten für die Wohnbevölkerung, andererseits nimmt der Druck auf die Immobilienpreise in der Stadt Bern zu.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf,

1. in einem Bericht aufzuzeigen, welche Wirkung die im STEK15 angestrebte Entwicklungen der Bevölkerungszahl und der Zahl der Arbeitsplätze auf die Immobilienpreise/Marktmieten, auf die Infrastrukturkosten, auf die Steuereinnahmen und auf die Abgeltungen der Zentrumslasten im innerkantonalen Finanzausgleich hat und
2. dabei in einer Flächenbilanz der 2006 eingeführten Zone D darzulegen: wo, wie viele Flächen (in Quadratmeter BGF) realisiert wurden und den Anteil des Wohnungsbaus aufzuzeigen
3. mit einem schweizweiten Gemeindevergleich aufzuzeigen, welcher Zusammenhang zwischen einem Arbeitsplatzüberschuss und der Besteuerung der Wohnbevölkerung besteht.

Bern, 17. März 2016

Erstunterzeichnende: Gisela Vollmer, Benno Frauchiger

Mitunterzeichnende: Martin Krebs, Lukas Meier, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Nadja Kehrl-Feldmann, Ingrid Kissling-Näf, Lena Sorg, Bettina Stüssi

¹ Arbeitsplatzstandorte: Stadtzentrum, ESP Ausserholligen, ESP Wankdorf; Wohnstandorte eher an den Stadträndern (Brünnen, Viererfeld).

² Die Steuereinnahmen 2014 betragen 319,4 Mio. CHF von 138'410 natürliche Personen (2013 = 313,9 Mio. CHF) und 75,1 Mio. CHF von 185'980 AP/juristische Personen (2013 = 75,9 Mio. CHF).

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 17. August 2016

Der Gemeinderat